

- der Regierung der BRD und anderen staatlichen Organen "Handhaben" zur Vornahme von Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der DDR zu geben.
- einflußreiche und anerkannte Persönlichkeiten der internationalen Öffentlichkeit, kirchliche Würdeträger, parlamentarische Ausschüsse, internationale Organisationen, vor allem Gremien der UNO und andere mehr, zu Aktivitäten im Sinne der Druckausübung auf die DDR zu veranlassen.
- die Feindeinrichtungen und ihre gegen die DDR sowie das MfS, einschließlich den Untersuchungshaftvollzug, gerichteten Handlungen zu unterstützen.
- die Bereitschaft möglichst vieler Personen, einschließlich von Verhafteten, zur Integration in subversive Handlungen gegen die DDR, unter anderem auch gegen den Untersuchungshaftvollzug des MfS, auszuprägen.
- Bürger von der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen, von der Mitwirkung an Strafverfahren sowie von der Unterstützung der Untersuchungsorgane abzuhalten.

Um diese Ziele zu erreichen, werden seitens der Feindeinrichtungen, vor allem von ehemals in der DDR verhafteten Personen verfaßte sogenannte Hilferufe und deren Forderungen nach umfassender Unterstützung der "politischen Gefangenen" in der DDR, verbunden mit der Vortäuschung der Existenz angeblich "tausender hilfebedürftiger politischer Häftlinge", veröffentlicht. Gleichzeitig werden zielgerichtet die Möglichkeiten der emotionalen Ansprechbarkeit des erreichbaren Personenkreises, insbesondere auch der Angehörigen, Bekannten und Freunde der Verhafteten sowie der ehemals in Haft befindlichen Personen, in der Absicht ausgeschöpft und genutzt, um solche Einstellungen und Gefühle, wie der Feindschaft, des Hasses, des Abscheus gegenüber den betreffenden Organen des MfS einerseits und die des Mitgefühls, der Verbundenheit sowie der Identifizierung mit dem Handeln gegenüber den "politischen Häftlingen" andererseits als motivierende und stimulierende Faktoren für angestrebte Reaktionen zu erzeugen bzw. zu verstärken.